

Deutsche Aktien (DAX):

31.12.2016 11.481,06 Punkte
31.03.2017 12.312,87 Punkte (+7,25%)

„Mobilisierung“ scheint das Gebot der Stunde zu sein. Die Brexit Befürworter und die Anhänger von Donald Trump haben aus Minderheitenpositionen Fakten geschaffen. Das einfache „Nein-Sagen“ aus der Oppositions- oder gar aus der selbst inszenierten Opferrolle kann schnell zum Bumerang werden, wenn die Entscheidungsmacht in den eigenen Händen liegt. In Europa sind nun Gegenkräfte mobilisiert worden, die sich in starken Wahlbeteiligungen in Holland oder im Saarland manifestierten. Der mit Bravour gestartete Martin Schulz hat offensichtlich nicht nur seine eigene Partei geeint, sondern auch die Gegenseite mobilisiert. Mit Donald Trump könnte man „Mitleid“ haben, wie er an der Justiz, den demokratischen Institutionen oder am Widerstand der Bevölkerung scheitert – auch hier greift offenbar der Mobilisierungseffekt. Die Entscheidungslinien sind deutlicher geworden. Dies ist gut so. Wir müssen uns entscheiden. Der Diskurs hat gerade erst begonnen.

Die Gewinne der deutschen Unternehmen sind im vergangenen Jahr überraschend stark gestiegen. Die Dividenden, die in diesem Jahr ausgeschüttet werden, erreichen neue Rekorde. Der DAX nimmt dies alles nur wohlwollend und nachträglich zur Kenntnis. Von einer gefährlichen Euphorie kann keine Rede sein. Folglich läuft der DAX seinem Rekordhoch aus dem Frühjahr 2015 noch immer hinterher. Die Aussichten, dass der DAX nachhaltig über die gesetzte Marke von 12.374 Punkten steigen kann, sind nicht schlecht. Der jüngst veröffentlichte IFO-Geschäftsklima Index für Unternehmen kletterte auf ein 6-Jahreshoch. Die Unternehmen beurteilen die Geschäftslage und –aussichten gleichermaßen positiv. Die Steuereinnahmen liegen bisher in 2017 mit ca. 5% über dem Vorjahresniveau. Die Aussichten der Weltwirtschaft in den Wirtschaftsregionen Asien, Europa und USA sind moderat gut. Dennoch wird das Wirtschaftswachstum in Deutschland niedriger als in 2016 ausfallen, wo ein Zuwachs von 1,9% realisiert werden konnte. Neben der geringeren Anzahl von Arbeitstagen werden auch die Ausgaben für die Betreuung und Unterstützung von Flüchtlingen erfreulich sinken. Insgesamt geht es den Deutschen gut. Umfragen attestieren den Deutschen eine hohe Lebenszufriedenheit, die in den vergangenen Jahren wieder stetig angestiegen ist – trotz Terror und Flüchtlingskrise. Der Brexit und auch der Wahlsieg Trumps haben die Widerstandskräfte mobilisiert. 68 % der Befragten sehen die Interessen Deutschlands in der EU gut aufgehoben. Insbesondere die junge Generation befürwortet ein gemeinsames Europa. Mit dem neuen, europafreundlichen SPD Kanzlerkandidat Martin Schulz ist Bewegung in die Parteienlandschaft gekommen. Wie es scheint, hat er nicht nur SPD Parteimitglieder, sondern vor allem CDU

Wähler motiviert, bei den Wahlen im Saarland die Stimme abzugeben. Eine Wahlbeteiligung von 71% ist ein gutes Signal für das politische Engagement der Bundesbürger und lässt mit Hoffnung auf die Bundestagswahlen im September blicken.

Es besteht die Hoffnung, dass sich die globalen Start up Unternehmen stärker dem europäischen Kontinent und insbesondere Deutschland zuwenden werden, da hier die in Wirtschaft, Wissenschaft, Kunst und Sport gelebten Werte einer offenen Gesellschaft, wo religiöse oder nationale Zugehörigkeiten eine untergeordnete Rolle spielen, verteidigt werden. Die Zuwanderung junger, motivierter und integrationsbereiter Menschen wird für unser Land zunehmend wichtiger. Selbst bei einer angenommenen Zuwanderung von 300.000 Personen im Jahr wird unsere Bevölkerung von zurzeit knapp 83 Mio. Menschen auf 70 Mio. in 2060 sinken.

Die Unternehmen VW und die Deutsche Bank dominieren weiter die Schlagzeilen. VW scheint recht mühelos 23 Mrd. Euro an Rückstellungen für den Abgasskandal schultern zu können. Im vergangenen Jahr setzte sich der Konzern mit 10,3 Mio. verkauften Fahrzeugen noch vor Toyota an die Weltspitze. Der Umsatz kletterte auf 270 Mrd. Euro. Die Rückstellungen wurden in 2016 mit weiteren 6,4 Mrd. dotiert, und unter dem Strich verdiente die Gesellschaft noch 5,4 Mrd. Gewinn. Die US-Großbank Goldman Sachs hat kürzlich VW mit einer starken Kaufempfehlung versehen. Dennoch liegen seit dem Abgasskandal Schatten auf der deutschen Automobilindustrie. Die Dieselseite wird zunehmend in Frage gestellt, und die sich abzeichnenden technischen Veränderungen stellen alle Automobilhersteller vor große Herausforderungen. Die Kurse der Autoaktien wie Daimler und BMW kommen seit Jahren trotz der Rekordergebnisse kaum vom Fleck. Die Aktienrenditen für BMW und Daimler liegen bei 12%. Die Kurse sind in Relation zu den ausgewiesenen Gewinnen sehr niedrig. Die Dividendenrenditen liegen bei knapp 5% und der Rest geht unter anderem in Forschung und Entwicklung.

Die Deutsche Bank führt zurzeit eine Kapitalerhöhung über 8 Mrd. Euro durch. Diese soll das durch laufende Regressansprüche dezimierte Eigenkapital wieder aufbessern. Anders als bei VW sind die Rückstellungen nicht durch eine solide Ertragslage zu decken. Die strategischen Risiken durch die Neustrukturierung des Geschäfts sind immer noch hoch. Im Zuge der Kapitalerhöhung hat das chinesische Finanzkonglomerat HNA 5% am Grundkapital der Deutschen Bank erworben. Mit dem Erwerb des Regionalflughafens Hahn ist die HNA ein weiteres strategisches Investment in der Nähe von Frankfurt am Main eingegangen.

Auf dem G 20 Treffen in Baden-Baden zeichnete sich eine neue Weltordnung ab. Nachdem die USA sich nicht mehr zum Freihandel bekennen – was eine Zäsur darstellt – kam es zu einem Schulterchluss zwischen Deutschland und China. Wie sich die Beziehungen zwischen Europa und Russland in der Ära Trump entwickeln werden, scheint noch offen zu sein.

Deutsche Bürger bevorzugen weiter die Anlage in Immobilien. Anders als die Aktienkurse von Daimler steigen die Preise von Wohnraum in den Ballungsgebieten teilweise erheblich. Spiegelbildlich sinken die Mietrenditen. Der Ökonom Lars Feld, Mitglied im Sachverständigenrat der Bundesregierung, stellte eine Studie vor, die eine deutliche Überhitzung in Teilmärkten konstatiert. In München wurde eine Überbewertung von 75%

ermittelt. Andres formuliert wechselt dort eine Wohnung mit einem „fairen“ Marktpreis von TEUR 500 für TEUR 875 den Besitzer. Wird eine solche Wohnung für 1.450 Euro pro Monat vermietet, beträgt die Mietrendite 2%. Noch schlechter verzinsen sich Bundesanleihen mit 0,15% per anno. (Umlaufrendite öffentlicher Anleihen). Die anhaltende Phase niedriger und negativer Zinsen hat ohne Zweifel Einfluss auf die Entscheidungen von Anlegern. Die Nachfrage nach Immobilien und die damit verbundenen Preissteigerungen sind auf diese Weise rational erklärbar. Aber es zwingt niemanden, zu teuren Preisen Immobilien oder Anleihen zu kaufen. Im Gegensatz dazu steht die mangelnde Bereitschaft, in Unternehmen zu investieren. Die Aktienrendite bei Daimler wäre nicht so hoch, wenn es mehr Interessenten gäbe, die bereit wären, Daimler Aktien zu kaufen und damit zu steigenden Aktienkurse beizutragen. Von deutschen Anlegern ist eine solche grundlegende Änderung des Verhaltens nicht zu erwarten. Nur 25% der befragten Deutschen äußern sich zu den Themen „DAX“ oder „Börse“ positiv. Hier besteht dringender Aufklärungsbedarf.

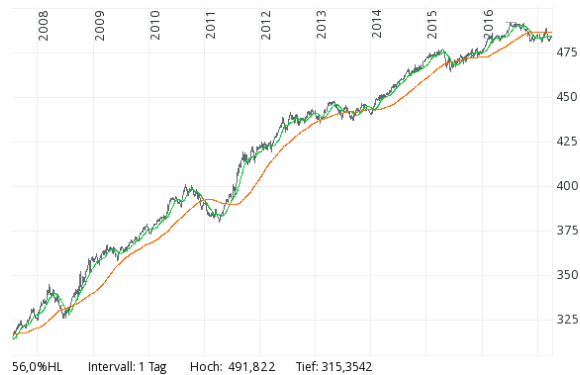


Deutsche Anleihen (REX- P):

31.12.2016 485,31 Punkte
31.03.2017 483,82 Punkte (-0,31%)

Die Verbraucherpreise haben sich in Europa in Richtung 2% bewegt. Damit ist das Preisziel der Europäischen Zentralbank EZB erreicht. Im Sinne einer regelkonformen Geldpolitik müsste die EZB die Zinsen erhöhen, um aufkommenden Inflationsgefahren zu begegnen. Bisher gibt es aber keine Anzeichen, dass die EZB ihre Geldpolitik grundlegend ändern möchte. Sie argumentiert, dass die Kerninflationsrate (ohne Berücksichtigung von Energiepreisen) immer noch bei 1% verharrt. In Anbetracht eines Ölpreises, der

50% höher als vor gut einem Jahr steht, ist diese Betrachtung nachvollziehbar. Es sieht danach aus, als habe der Ölpreis seinen zwischenzeitlichen Zenit schon wieder überschritten (siehe Rubrik Rohstoffe, Energie und Gold). Auch das Wachstum der Geldmenge M3 (Kontoguthaben, Termingelder) und die Kreditvergabe an Haushalte und Unternehmen liegen in Europa noch weit unter den Werten, die vor der Finanzkrise verzeichnet worden sind. Das niedrige Zinsniveau ist für die europäischen Staaten ein Segen. Für den Bund als Schuldner sind dies paradiesische Zeiten. Für in 2016 neu aufgenommenen Schulden erzielt Finanzminister Schäuble Einnahmen von 1,2 Mrd. Euro. Insgesamt ist der Zinsdienst des Bundes bei weiterhin fallender Tendenz von 40 Mrd. (2008) auf 17,5 Mrd. Euro gesunken. Auch Daimler konnte jüngst eine Anleihe mit zweijähriger Laufzeit mit negativen Zinsen am Kapitalmarkt platzieren. Ist da eine Daimler Dividendenrendite von knapp 5% nicht doch die bessere Wahl? VW konnte übrigens eine variabel verzinsliche Anleihe über 8 Mrd. am Markt mühelos unterbringen. Die Nachfrage lag bei 25 Mrd. Euro. Damit hätte man mühelos die ganze Deutsche Bank kaufen können. Die Welt steckt voller Absurditäten!



Europäische Aktien (Euro-Stoxx 50):

31.12.2016 3.290,52 Punkte
31.03.2017 3.500,93 Punkte (+6,39%)

Die europäischen Aktienmärkte unter der Führung von Italien, Spanien und Frankreich schicken sich an, aus einem langen Dornröschenschlaf zu erwachen. Könnte dies der Beginn eines neuen Trends sein, der die Bevorzugung insbesondere der amerikanischen Aktienmärkte brechen kann? Die Zukunft wird es zeigen. Die Fakten geben durchaus Anlass zur Hoffnung. Im aktuellen Konjunkturbericht konstatiert die EZB eine kontinuierliche Verbesserung der europäischen Konjunktur. Anlass für Optimismus gab es in den letzten 6 Jahren in der Tat nur wenig. Wir erinnern uns: Die EU Schuldenkrise nahm 2011 ihren Lauf und konnte erst 2014 mit Draghi's berühmten Worten „Whatever it takes“ halbwegs

eingedämmt werden. In 2014 war die EU mit ihrem Drängen auf ein Assoziationsabkommen mit der Ukraine mitverantwortlich für den Ausbruch des Bürgerkrieges und dem Eingreifen Russland in den Konflikt, der bis heute nicht beendet ist. Mit dem Machtwechsel in Griechenland zu Tsipras und seinem Finanzminister Varoufakis strebte das absurde Theater um Griechenland im Jahr 2015 seinem bisherigen traurigen Höhepunkt zu. Auch die Tage von Tsipras scheinen nun gezählt zu sein. Mittlerweile glauben 62% der Griechen, dass sie selbst für die Misere mitverantwortlich sind. Leider kommt diese vernünftige Selbsterkenntnis, durch die große wirtschaftliche Schäden entstanden sind, von denen niemand weiß, wie sie beseitigt werden können, zu spät. Die Situation ist so desolater als in Entwicklungsländern, die auch durch Schuldenkrisen gegangen sind. Ein weiterer negativer Höhepunkt war in 2016 die Brexit Entscheidung der Briten, die nun auch offiziell verhandelt wird. Und nun die positive Konjunktüreinschätzung der EZB. Wie passt dies zusammen? In Portugal und Irland wurden die strukturellen Reformen mit Hilfe der EZB und der europäischen Partnerländer durchgeführt. Beide Länder standen auch auf der „Abschussliste“, die unter angelsächsischen Investoren herumgereicht wurden. Portugal hat 50% der seit 2011 erhaltenen Kredite wieder zurückgezahlt. Das Haushaltsdefizit liegt bei 2,1%. Irland konnte sich sogar noch schneller erholen. Spanien ist ebenfalls auf einem guten Weg. Die Anzahl der Arbeitslosen ist in den letzten 4 Jahren um 1 Mio. Menschen gesunken. Trump und Brexit haben die Menschen wieder politisiert. In den Niederlanden gingen 81% der Wahlberechtigten an die Wahlurnen. Der neue und alte Premierminister Mark Rutte, der einen guten Job machte, wurde wiedergewählt und der Rechtspopulist Wilders konnte nicht die erwarteten Stimmzuwächse realisieren. Mittlerweile sind die europäischen Rechten auf dem Rückzug. Die gutheißen Kommentare zu Brexit und Trump fallen ihnen nun auf die Füße. In Italien lehnt eine große Mehrheit den Schritt der Briten ab. Damit nehmen sie auch der rechtspopulistischen 5 Sterne Bewegung des Politclowns Beppe Grillo den Wind aus den Segeln. Bleiben die Wahlen in Frankreich im April und in Deutschland im September. Mit dem 39-jährigen Emmanuel Macron hat ein echter Hoffnungsträger die europäische politische Bühne betreten. Ihm werden sehr gute Chancen eingeräumt, sich bei der Stichwahl durchzusetzen. Damit könnte Europa einen neuen Schub erhalten, der auch die junge Bevölkerung ergreift. Macron gilt als sehr kompetent, organisations- und führungsstark. Er steht für eine neue Politikergeneration, zu der auch der niederländische Ministerpräsidenten Mark Rutte gehört. Inhaltlich und personell liegen die Vorteile damit eindeutig auf der europäischen Seite. Das rückwärtsgewandte Amerika eines Donald Trumps läuft Gefahr, den Anschluss zu verlieren. Friedrich Merz, der ehemalige CDU Spitzenpolitiker und Merkel Kontrahent, in der Zwischenzeit in Diensten von Blackrock, der weltweit größten Kapitalanlagegesellschaft mit Sitz in New York, gibt die Marschroute vor: „Europa muss mit Trump streiten. Europa muss eine nationalen Differenzen beilegen, damit es seine Beachtung in der Welt nicht verliert.“ Die Schwäche des europäischen Bankensektors bleibt eine Achillesferse. Die Zerrüttungen des Finanzsystems aufgrund der Finanz- und der Eurokrise haben bleibende Spuren in den

Bankbilanzen hinterlassen. Nach Schätzungen der EZB beträgt die Höhe der ausfallgefährdeten Kredite 1 Bio. Euro. Es gibt Pläne, den europäischen Rettungsschirm ESM, der von dem Deutschen Klaus Regling souverän geführt wird, in einen „europäischen IWF“ zu verwandeln. Dies scheint ein geeigneter Schritt zu sein, eine größere Unabhängigkeit gegenüber dem von den Amerikanern dominierten IWF zu demonstrieren, mit dem es oft Richtungsstreitigkeiten gab.



Euro versus USD

31.12.2016 1,0516 USD
31.03.2017 1,0663 USD (+1,40%)

Der Euro konnte gegenüber dem USD leicht zu legen. Bisher ging man davon aus, dass der USD aufgrund der positiven Zinsdifferenz zum Euro tendenziell zulegen könnte. Zeichnet sich auch hier ein Paradigmenwechsel ab? Die wirtschaftlichen Fakten sprechen für Europa. Trotz eines Rekorddefizits in Höhe von 5,6% des Bruttosozialproduktes BIP wuchs die US Wirtschaft nur um 1,6% in 2016, nachdem sie im Jahr 2015 noch um 2,6% gewachsen war. In Europa schätzt man für 2017 ein Wachstum von ca. 1,7%, das jedoch von einer weitaus geringeren Verschuldung realisiert werden kann. Anders als in USA, wo das Wachstum Erschöpfungstendenzen zeigt, zieht in Europa das Trendwachstum an. Wirtschaftspolitisch fragwürdig ist die zögerliche Haltung der EZB in Bezug einer Normalisierung des Zinsniveaus, wo es zu einer Abkehr von negativen Zinsen kommen sollte. Vielleicht möchte die EZB den Wahlausgang in Frankreich noch abwarten, bevor die Märkte auf eine Veränderung der Weichenstellung vorbereitet werden. Dann könnte sich die Aufwertung des Euros beschleunigen. Aus der Sicht internationaler Investoren würde das Interesse für die europäischen Kapitalmärkte deutlich zunehmen, wovon insbesondere die Aktienmärkte profitieren könnten.

Trumps Agenda „America first“ basiert nicht auf einem festen USD, der den amerikanischen Export von Gütern ins Ausland verteuert. Wenn der neue US Finanzminister Mnuchin davon spricht, „dass die Stärke des USD nicht oberste Priorität genießt“, dann kann dies als relativ klare Aussage bezüglich einer tolerierten Abwertung verstanden werden.

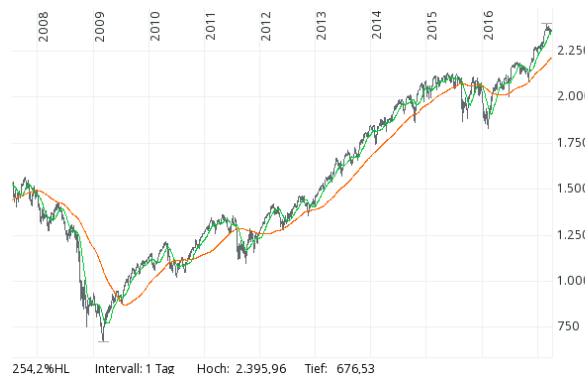


Amerikanische Aktien (S&P 500 Index)

31.12.2016 2.238,83 Punkte
31.03.2017 2.362,72 Punkte (+5,53%)

Eine Welt ohne Donald Trump erscheint nicht mehr vorstellbar. Kein US-Präsident dürfte global für mehr Aufmerksamkeit gesorgt haben als der neue 45. Präsident der Vereinigten Staaten. Seine Zustimmungswerte im eigenen Land sind mittlerweile so schwach, wie bei keinem anderen seiner Vorgänger. Es ist zur befürchten, dass in seiner 100 Tage Bilanz, die am 30. April gezogen wird, ein „völlig ungenügend“ stehen wird. Die fachlichen und persönlichen Mängel in Bezug auf die Geeignetheit für das Amt des mächtigsten Mannes der Welt sind eklatant. Selbstzweifel liegen Trump völlig fern, der heute schon Wahlkampfauftritte 2020 vor seinen noch verbliebenen Fans inszeniert. Man kann gespannt sein, wie es weitergeht. Das Verfassungsrecht scheint sich zu bewähren, sodass Trump bisher kaum eines seiner Vorhaben durch den Kongress oder an den Gerichten vorbei bekommen hat. Der politische Druck wird immer größer. Wird man Trumps Wahlkampfteam noch Verbindungen zu Russland nachweisen können, um Einfluss auf das Wahlergebnis auszuüben? Mittlerweile sind die Schuldengrenzen der USA überschritten, die Trump zurzeit noch kreativ umlaufen kann. Hier sind Lösungen in Kürze gefragt. Sind diese überhaupt umsetzbar? Die Spielräume für die versprochenen Steuersenkungen und die Ausgaben für Infrastrukturprojekte tendieren gegen Null. Die bisher vorgelegten Vorschläge für den künftigen Haushalt sind alles andere als zukunftsorientiert: Den Kürzungen bei Forschung, Soziales, Kultur

und Internationales (die Mittel für das Außenministerium sollen um 1/3 gekürzt werden) stehen massive Ausgabenerhöhungen für die 3-M-Projekte entgegen: Militär, Munition und Mauer. Dies ist alles wenig erfreulich und wirft die Frage auf, wann Trump die Wünsche der Realität anpasst. Aus deutscher Sicht mögen wir übersensibel auf Trumps unkonventionellen Politikstil reagieren. Aber das Vertrauen der Deutschen in Amerika ist völlig erschüttert. Nur noch 22% der Befragten vertrauen unserem ehemaligen besten Verbündeten. Damit rangiert die USA nur noch knapp über Russland. Unter diesen Umständen, kann der Antrittsbesuch von Kanzlerin Merkel bei Trump als Erfolg gesehen werden. Sie hat sich nicht aus der Fassung bringen lassen und hat die deutschen und europäischen Interessen standhaft verteidigt. Es hat den Anschein, dass es ihr sogar gelungen ist, Vertrauen aufzubauen. Trump hat großen Respekt vor der Leistungskraft der deutschen Wirtschaft. Auch dem chinesischen Premier Li und dem kanadischen Ministerpräsident Trudeau schien es bei ihren Ersttreffen gelungen zu sein, einigermaßen positive und konstruktive Gespräche mit dem US Präsidenten führen zu können. China und Deutschland sind die Handelspartner, die am meisten unter den befürchteten Importsteuern der Amerikaner leiden könnten.



Japanische Aktien (Nikkei-Index)

31.12.2016 19.114,37 Punkte
31.03.2017 18.909,26 Punkte (-1,07%)

Warum ist es sinnvoll, sich mit der Analyse der volkswirtschaftlichen Entwicklungen mit Japan zu beschäftigen? Der Grund liegt darin, dass der westlichen Welt genau das japanische Schicksal von Stagnation, Überalterung, Verkrustung und Rückgang drohen könnte, wenn sich die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen nicht an der dynamischen Entwicklung der Realität orientieren. Japan ist ein Inselstaat. Japan lebt von seiner nationalen „glorreichen“ und zurechtgezimmerten

Geschichtsauffassung, die nie ernsthaft hinterfragt wurde. Das Land ist reich, aber doch arm. Die Staatschulden in Höhe von 230% des BIP (Vergleich Griechenland 180%) sind nur deshalb tragbar, weil die Zinsen schon seit Jahrzehnten auf ein „regierungsfreundliches“ Niveau heruntergeschleust wurden. Die „unabhängige“ Notenbank leistet treue Dienste, indem sie die neuen Schulden in die eigenen Bücher nimmt. Entgegen der Lehrbuchmeinung ist bisher keine Inflation in einem trost- und leblosen, überalternden und überarbeitenden Land entstanden, das mit immer weniger zur Verfügung stehenden Arbeitskräften auskommen muss. Auf 1,5 offene Stellen kommt 1 Bewerber. Sind dies paradiesische Zustände? Das Land Japan schmort im eigenen nationalen Saft, abgeschottet vom Ausland und sich traditionell jeder Zuwanderung entziehend. Das östlich-kapitalistisch orientierte Japan ist das Gegenteil einer offenen Gesellschaft. Die politischen und geldpolitischen Weichenstellungen in GB, USA aber in der EU gehen leider auch in diese Richtung und führen schließlich zu einer Erstarrung. Systeme, die sich nicht mehr anpassen und erneuern können sind eine große Gefahr. Fukushima ist ein Beispiel dafür. Wissenschaftliche Berechnungen ergaben schon in den 90er Jahren, dass Tsunami Wellen mit einer Höhe von 16 Metern die Anlage treffen könnten. Die am 11. März 2011 das AKW treffende Welle war nur 10 Meter hoch, hatte aber gleichwohl eine verheerende Wirkung. Es gab noch nicht einmal höher liegende Notstromaggregate, mit der die Kernschmelze relativ sicher hätte verhindert werden können. Offene Gesellschaften sind selbstkritikfähig. In Japan und leider zunehmend auch in der westlichen Welt ticken die Uhren anders.



Aktien Schwellenländer

31.12.2016 101.606,93 Punkte
31.03.2017 109.536,03 Punkte (+7,80%)

Die Weltbevölkerung hat sich in den letzten 50 Jahren auf 7,5 Mrd. Menschen verdoppelt. Jeden Tag wächst die Weltbevölkerung um 230.000 Personen. 9 von 10 Menschen kommen in den Entwicklungsländern auf die Welt. Noch Anfang der 80er stand die westliche Welt für 80% des Welt-Brutto-Sozialproduktes. Dieser Anteil hat sich in der Zwischenzeit mehr als halbiert. Die Musik spielt also woanders.

Die Finanzstrukturen haben sich aber noch nicht angepasst. Im Weltaktienindex MSCI sind die USA noch mit 56% gewichtet. Dies entspricht keinesfalls der Realität. Zusätzlich notiert der Index noch in USD, woraus sich ebenfalls weitere Risiken ergeben. Wer sich naiv auf passive Indexstrategien auf der Basis von Index Fonds (Exchange Traded Funds, ETF) einlässt, läuft Gefahr, Schaden zu nehmen. Eine Direktanlage in Aktien ist meiner Meinung nach am sichersten. Da wir aber nicht in der Lage sind in einer an Komplexität und Geschwindigkeit zunehmenden Welt den Überblick zu behalten, investiert man besser in Fonds, die direkt in Aktien investieren.

Dank China konnte VW aktuell die Nr. 1 unter den globalen Autoherstellern werden. 40% des Absatzes läuft im Reich der Mitte. Auch die Zukunft des Automobils scheint in China geschrieben zu werden. Dort werden heute schon mehr E-Autos als in USA zugelassen. Ein aufblasbarer Riesengockel mit der Trump Frisur ist zurzeit ein Verkaufslager in China. Es ist nicht so, dass die Chinesen damit Trump karikieren möchten. In China genießt die Familie Trump ein hohes Ansehen. Die 5 jährige Tochter von Ivanka Trump spricht bereits fließend chinesisches. Seitdem sie ihre Talente mit der gesanglichen Darbietung eines chinesischen Kinderliedes im Internet unter Beweis gestellt hat, schlägt die Begeisterung in China hohe Wellen.

In Russland lassen die aktuellen Proteste der Opposition und der Jugend aufhorchen. Auch hier finden nachvollziehbare Mobilisierungen statt, die die Realität des Landes positiv und negativ verändern können. Letzteres liegt näher, da Machthaber allgemein ihre Macht mit Staatsgewalt erhalten können und Unterstützung von den Nutznießern des Systems erhalten.

Rohstoffe, Energie & Gold

31.12.2016 1.151,43 USD
31.03.2017 1.248,84 USD (+8,46%)

Das bei deutschen Anlegern beliebte Gold ist erstmals seit 2012 im vergangenen Jahr wieder gestiegen, um gut 8%. Auch das Jahr 2017 hat für das Gold gut begonnen. Die Analysten sind zuversichtlich, dass der Goldpreis weiter steigt. Dies ist in der Regel der Erwartung eines Inflationsszenarios und der Skepsis gegenüber dem Notenbankgeldsystems geschuldet. Aus meiner Sicht eignet sich Gold in erster Linie zur Absicherung gegen Auseinanderbrechen eines vom USD dominierten internationalen Währungssystems, Donald Trump könnte ungewollt mit seiner Politik des „America first“ die schon längst überfällige Systemkorrektur beschleunigen. Mangels Alternativen bei den Weltwährungen Yen, Pfund, Euro und Yuan könnte Gold strategisch bevorzugt werden. Erstaunlich ist, wie viel Geld in die von Spekulanten dominierte Bitcoin-Währung fließt. Es handelt sich um eine nicht beliebig vermehrbare digitale Währung, die auf Basis der so genannten „Blockchain“ Technologie funktioniert. Die in einem Computernetzwerk erzeugte Währung, die aus Datenketten besteht, gilt als manipulationssicher. Es ist unverständlich, dass eine nur aus „0“ und „1“ erzeugte virtuelle Währungseinheit, den Preis einer Unze Gold zugebilligt wird. Das Verständnis der kommenden digitalen Welt wird uns vor manches Rätsel stellen. Allein der Begriff „digital“ ist schon überholt. Die modernsten Rechner basieren auf der Quantentechnik, wo sich die digitale Welt bestehend aus „0“ und „1“ bereits aufgelöst hat. Ein Trump Effekt ist auf dem Ölmarkt zu verzeichnen. Die US Produktion ist markant angestiegen. Die Anzahl der in Betrieb genommenen Fracking Bohrlöcher hat sich seit dem Herbst auf 600 verdoppelt. Die Reduzierung der Förderquoten durch die Opec wird dadurch kompensiert. Das Überangebot von Öl führt zu vollen Lagern und sinkenden Preisen. Zusätzlich drängt der Iran auf den Weltmarkt, der fast über ein 1/5 der globalen Erdgasreserven verfügt.

Redaktion:

Michael Scheidgen
private finance e.K.
Stefan Andres Straße 23
56567 Neuwied
Telefon 02631/95390

Zitatesammlung:

„Denk Groß und tritt die anderen in den Arsch“

24.01.2017 DRadio: Titel eines Ratgeberbuches des Autors Donald Trump, erschienen in den 90 er

„Dann werde ich mir euch vorknöpfen“

23.03.2017 Drohung Donald Trumps an republikanische Abgeordnete vor Abstimmung über die Gesundheitsreform

„Hinter den Kulissen schütteln die Automanager den Kopf. Noch weiß niemand, ob man es mit einem Irren zu tun hat.“

11.01.2017 FAZ zu Trumps Auftritt bei Automesse in Detroit

„Angela Merkel ist ausgesprochen erfahren im Umgang mit schwierigen Männern.“

20.01.2017 Lucia Puttrich, Staatsministerin in Hessen

„Lenin wollte den Staat zerstören und das ist auch mein Ziel. Ich will das alles zusammenbricht. Ich will das heutige Establishment zerstören.“

24.02.2017 Steve Bannon, US-Präsidentschaftsberater

Impressum:

Es handelt sich um die Wiedergabe der persönlichen Meinung des Autors. Trotz sorgfältiger Recherche, kann für die Richtigkeit der Informationen keine Gewähr übernommen werden. Aus dem Inhalt können keine Anlageempfehlungen abgeleitet werden. Diese können nur nach einer individuellen Beratung erfolgen.

Neuwied, 31.03.2017

